



öffentlich

Betreff:

Gedenkstätte gegen politische Gewalt - Lindenstraße 54

Erstellungsdatum 08.02.2005

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion CDU

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.03.2005	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,
die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2005 über den Sachstand der geplanten Erweiterung der in
der Gedenkstätte bestehenden Ausstellung zu informieren.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Zur Zeit plant das Potsdam-Museum in räumlicher Abstimmung mit der Unteren Denkmalbehörde eine großzügige Erweiterung der bestehenden Ausstellung, die nach dem Abschluss der Bauarbeiten im Sommer 2005 eröffnet werden soll. Erstmals sollen dann innerhalb des Zellentraktes auch die teilweise noch erhaltenen Kellerzellen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Vor dem Hintergrund des Schreibens von Herrn Peter Runge, einem ehemaligen Häftling der Lindenstraße 54 vom 17.01.05 an das Präsidium der SVV und an alle Fraktionen, in dem er schwere, mit Änderungsvorschlägen verbundene Vorwürfe gegen die Gestaltung der Gedenkstätte erhebt, ist diese Information politisch wichtig.

Der Ausschuss für Kultur sollte sich eingehend damit befassen, sinnvollerweise in einer Sitzung vor Ort, verbunden mit einer sachkundigen Führung.